

A N T R A G

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Verbraucherschutz im Saarland stärken – Kompetenzen bündeln statt zerstückeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Herausforderungen der Globalisierung gehen auch am Verbraucherschutz nicht spurlos vorbei. Längst behobene Kontaminationsprobleme der 1960er- und 1970er-Jahre in der Europäischen Union treten durch den zunehmenden und zum Teil unsachgemäßen Einsatz von Boden- und Pflanzenbehandlungsmitteln oder Tierarzneimitteln in Entwicklungsländern wieder auf und werden durch den globalen Handel oft in die EU zurück transportiert. Die Folge davon ist, dass technische Konsumgüter, Textilien und Spielzeug mit giftigen Chemikalien in den vergangenen Jahren immer häufiger aus dem Verkehr gezogen wurden. Dass überhaupt so viele Produkte gemeldet werden konnten, war vor allem das Ergebnis einer umfangreichen und guten Kontrolle.

Die vom Umweltministerium begonnene Restrukturierung der Laborbereiche der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Überwachung des Saarlandes zum 1. Juli 2015 basiert auf zwei Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PwC) und sieht unter anderem vor, die Rückstandsanalytik aus dem Landesamt für Verbraucherschutz (LAV) in das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) zu überführen. Andere Teile aus dem Bereich der lebensmittelchemischen Untersuchungen, wie etwa die Prüfung von Bedarfsgegenständen, Getränke-, Obst- und Backwarenerzeugnissen, sollen privatisiert oder an andere Bundesländer abgegeben werden.

Experten kritisieren hierzu, dass aus den geplanten Umstrukturierungen keine Effizienzgewinne zu erreichen wären und fürchten, dass eine solche Regelung zu einer Zerstückelung statt Bündelung von Kompetenzen und damit zu einer Schwächung des Verbraucherschutzes im Saarland führen würde. Diese Zerstückelung könnte auch zur Folge haben, dass das Saarland in Zukunft keinerlei Kernkompetenzen besitzt, die für eine Kooperation mit anderen Bundesländern interessant sein könnten.

Nach Ansicht des Bundesverbands und des Landesverbands der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst treffen die beiden Gutachten keine statistisch fundierten Aussagen. Im Gutachten zum Landesamt für Verbraucherschutz wird bereits zu Beginn darauf verwiesen, dass es keine Vergleichswerte für den Bereich der Rückstandsanalytik und der Mikrobiologie aus anderen Bundesländern gibt. Dennoch wurden Vorschläge zu einer Neustrukturierung dieser Bereiche vorgebracht, ohne die Zahlen zu kennen.

Zudem wurden Größenvergleiche bezogen auf den Personalbestand zum Teil nur stichpunktartig durchgeführt. Beispielsweise kommt eine Untersuchung der Personalstrukturen aus dem Jahr 2011 zu dem Ergebnis, dass das Saarland über dem Bundesschnitt läge, wobei jedoch nur sieben weitere Bundesländer zum Vergleich herangezogen wurden.

Experten empfehlen unter anderem, dass die amtliche Überwachung von Lebensmitteln, Wasser und Verbraucherprodukten, die derzeit in vier Institutionen (LAV, LUA, Entsorgungsverband Saar (EVS) und Landwirtschaftskammer (Weinkontrolle, Futtermittelkontrolle)) durchgeführt wird, zusammengelegt wird. Begründet wird dieser Vorschlag nicht nur mit der Vermeidung einer Zerstückelung der Kontrollen, sondern auch mit zahlreichen Überschneidungen im Bereich der Lebensmittel-, Wasser- und Bedarfsgegenstandekontrolle.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung daher auf:

- die PwC-Gutachten zum LAV Saarland und zum LUA Saarland zu überprüfen und durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Blick auf aktuelle und vollständige Vergleichswerte überarbeiten zu lassen,
- Effizienzgewinne und Einsparpotenziale einer Zusammenlegung aller analytischen und fachlichen Kapazitäten im Saarland für Lebensmittel, Futtermittel, Wasser, Bedarfsgegenstände, Spielzeug und Gewerbeaufsicht zu quantifizieren und zu prüfen, ob eine Bündelung der Kompetenzen den Verbraucherschutz im Saarland langfristig stärken kann,
- das Verhältnis von Mitarbeitern zu Führungskräften auf kostenorientierte Strukturen hin zu überprüfen,
- eine neue Organisationsstruktur zu entwickeln, um die Auslastung der Gerätschaften zu optimieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.